

Pressemitteilung

Sperrfrist: 22. September 2026, Ende des Pressegesprächs

Wiesbaden, 22. September 2026

Wohnungsbau in Hessen entfesseln: Verbändebündnis fordert weniger Vorschriften und verlässliche Förderung

„Impulse für den Wohnungsbau – HESSEN“ legt gemeinsames Positionspapier mit konkreten Forderungen an die Landespolitik vor

Der Wohnungsbau in Hessen steht weiterhin unter wachsendem Druck. Geopolitische Unsicherheiten, knapper werdende Ressourcen sowie weiter steigende Energie-, Material- und Baukosten verschärfen die bestehenden strukturellen Probleme. Während in den Ballungsräumen bezahlbarer Wohnraum fehlt, kämpfen ländliche Regionen teilweise mit Leerständen und strukturellen Nachteilen. Das Verbändebündnis „Impulse für den Wohnungsbau – HESSEN“ fordert deshalb politische Rahmenbedingungen, die Investitionen ermöglichen, Planungssicherheit schaffen, Ressourcen schonen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und präsentieren dafür ein Positionspapier.

„Bezahlbares Bauen ist die Voraussetzung für bezahlbares Wohnen. Hessen hat erste wichtige Schritte unternommen. Jetzt kommt es darauf an, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen und den Wohnungsbau im wahrsten Sinne des Wortes zu „entfesseln“, erklärt **Gerald Lipka**, Sprecher der Initiative und Geschäftsführer des BFW Landesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland.

BFW: Eigentumsbildung als Beitrag zur Vermögensgerechtigkeit stärken

Wohneigentum ist nach Auffassung des BFW ein wichtiger Baustein für sozialen Aufstieg, Vermögensaufbau und Altersabsicherung. Angesichts steigender Wohnkosten und des wachsenden Risikos von Altersarmut müsse die Politik wieder mehr Menschen den Erwerb von Wohneigentum ermöglichen. „Wer im Alter in den eigenen vier Wänden lebt, ist in der Regel deutlich besser gegen steigende Wohnkosten abgesichert. Deshalb brauchen wir gezielte Anreize, die auch Haushalten mit mittleren Einkommen die Bildung von Wohneigentum ermöglichen. Das stärkt die Vermögensgerechtigkeit und entlastet langfristig zugleich die sozialen Sicherungssysteme“, betont **Gerald Lipka**.

VdW südwest: Fördermittel langfristig und verlässlich sichern

Der VdW südwest sieht auch eine stabile Förderkulisse als wesentliche Voraussetzung dafür, dass mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen kann. Bund und Land müssten dauerhaft ausreichende Mittel bereitstellen. Wohnungsunternehmen bräuchten langfristig verlässliche Rahmenbedingungen, damit sie Investitionen planen und bezahlbare Wohnungen schaffen könnten. „Gerade angesichts der hohen Baupreise ist eine leistungsfähige Wohnraumförderung unverzichtbar. Fördervolumen und Förderkonditionen müssen deshalb dauerhaft gesichert und regelmäßig an die tatsächliche Kostenentwicklung angepasst werden. Das gilt nicht nur für den Neubau, sondern auch für die Modernisierung. Kontraproduktiv sind vor diesem Hintergrund die erfolgten Reduzierungen der Modernisierungsförderung auf Bundes- und Landesebene“, sagt Dr. Axel Tausendpfund, Vorstand des VdW südwest.

VbUH: Niedrigwasser gefährdet Baustoffversorgung und Bauprojekte

Der Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen (VbUH) warnt vor den Folgen des Niedrigwassers im Rhein und anderen Wasserstraßen. Die Bauwirtschaft ist beim Transport großer Mengen von Sand, Kies, Bitumen und weiteren Baustoffen in hohem Maße auf die Binnenschifffahrt angewiesen. Können Schiffe nur noch einen kleinen Teil ihrer üblichen Ladung befördern, werden Rohstoffe knapp und Transporte erheblich teurer.

„Wenn Schiffe nur noch 25 Prozent der Ladung aufnehmen können, damit sie nicht am Grund aufsetzen, dann fehlt uns auf den Baustellen Material“, erklärt **Rainer von Borstel**, Hauptgeschäftsführer des Verbands baugewerblicher Unternehmer Hessen (VbUH). Viele Bauvorhaben seien ohnehin knapp kalkuliert. Zusätzliche Preissteigerungen und Lieferengpässe könnten deshalb Projekte verzögern oder vollständig zum Stillstand bringen. Der VbUH fordert deshalb, die Anpassung der Verkehrs- und Logistikinfrastruktur an die Folgen des Klimawandels stärker voranzutreiben. Zugleich müssten widerstandsfähigere Lieferketten und alternative Transportmöglichkeiten entwickelt werden, ohne die Bauwirtschaft durch zusätzliche Kosten und Vorschriften weiter zu belasten.

BDA Hessen: Potenziale im Gebäudebestand konsequent nutzen

Ein erhebliches Potenzial für zusätzlichen Wohnraum liegt nach Einschätzung des Bundes Deutscher Architektinnen und Architekten BDA Hessen im vorhandenen Gebäudebestand – in den Städten, aber genauso auch auf dem Land. Aufstockungen, Umbauten, Erweiterungen und Umnutzungen könnten schneller und kostengünstiger neuen Wohnraum erschließen, wenn die rechtlichen und technischen Anforderungen stärker an den Bestand angepasst würden. „Der Gebäudebestand ist eine zentrale Ressource für eine nachhaltige Stadt- und Siedlungsentwicklung. Damit aus leerstehenden unter- oder nicht mehr zeitgemäß genutzten Gebäuden neuer Wohnraum ent-

stehen kann, brauchen wir ein angemessenes Anforderungsniveau und weitere Erleichterungen in der Landesbauordnung“, erklärt **Moritz Kölling**, Vorsitzender des BDA Hessen.

Fachverband Ziegelindustrie Südwest: Lokale Gestaltungsvorgaben überprüfen

Der Fachverband Ziegelindustrie Südwest fordert, kommunale Gestaltungsvorschriften stärker auf ihre Auswirkungen auf Baukosten und Projektlaufzeiten zu überprüfen. Zusätzlich zum Bauordnungsrecht des Landes müssten Bauherren in vielen Städten und Gemeinden zahlreiche lokale Satzungen berücksichtigen. Diese könnten Wohnungsbauprojekte verzögern und verteuern. „Kostengünstiger Wohnungsbau darf nicht an formalen Details oder unverhältnismäßigen Vorgaben scheitern. Das Land sollte den Kommunen Leitlinien für eine ausgewogene Abwägung zwischen Ortsbildqualität und Baukosten an die Hand geben. Wo Zielkonflikte bestehen, muss die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ein deutlich höheres Gewicht erhalten“, fordert **Michael Strauch**, Vorsitzender des Fachverbands Ziegelindustrie Südwest.

BDB-HESENFRANKFURT: Technologieoffenheit statt starrer Vorgaben

Bei der Anpassung des Gebäudesektors an den Klimawandel spricht sich der BDB Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure Hessen Frankfurt für technologieoffene Lösungen aus. Starre technische Vorgaben verhindern Innovationen, erhöhen Kosten können ökologisch weniger geeignete Lösungen begünstigen. „Planung und Bauausführung müssen den Klimawandel konsequent berücksichtigen. Entscheidend ist aber, welche Wirkung eine Maßnahme erzielt – nicht, welche einzelne Technologie vorgeschrieben wird. Eigentümer, Planer und ausführende Unternehmen brauchen die Freiheit, für das jeweilige Gebäude die wirtschaftlich und ökologisch sinnvollste Lösung zu wählen“, betont **Andreas Ostermann**, Koordinator der Initiative und Vorsitzender des BDB-HESENFRANKFURT.

Bauvorschriften entschlacken, Grunderwerbsteuer senken und Regionen stärken

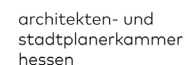
Darüber hinaus fordert das Verbändebündnis, die noch immer zu große Regelungsflut im Wohnungsbau einzudämmen und überzogene Anforderungen an Ausstattung, Konstruktion, Technik sowie Schall- und Brandschutz auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Kommunale Sozialquoten sollten nach Auffassung des Bündnisses zudem an die tatsächliche Verfügbarkeit von Fördermitteln des Landes gekoppelt werden. Die mit den hessischen Baupaketen begonnene Vereinfachung der Bauvorschriften müsse konsequent fortgesetzt werden. Um den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern und neue Impulse für den Immobilienmarkt zu setzen, soll die hessische Grunderwerbsteuer auf 3,5 Prozent gesenkt werden.

Gleichzeitig müsse sich das Land auf Bundesebene für eine gezielte Entlastung von Ersterwerbern einsetzen. Schließlich fordert die Initiative eine Stärkung des ländlichen Raums durch leistungsfähige Infrastruktur, einen besseren öffentlichen Nahverkehr, Bildungs- und Betreuungsangebote sowie eine engere Zusammenarbeit von Städten, Umlandkommunen und Regionen. Wohnen, Bauen, Energie und Planen sollten ressortübergreifend abgestimmt und die Zuständigkeiten innerhalb der Landesverwaltung stärker gebündelt werden.

„Unsere Initiative bietet Politik und Verwaltung ausdrücklich ihre Kooperation an. Nur wenn alle Beteiligten gemeinsam handeln, können tragfähige Lösungen für mehr bezahlbaren Wohnraum in ganz Hessen entstehen“, erklärt Impulse-Sprecher **Gerald Lipka** abschließend.

Impulse für den Wohnungsbau – HESSEN

Die Länderinitiative „Impulse für den Wohnungsbau – HESSEN“ wurde 2014 mit Unterstützung der Bundesinitiative gegründet. Führende Verbände und Institutionen der Bau- und Immobilienwirtschaft sowie die IG BAU haben sich zusammengeschlossen, um die politischen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau zu verbessern. Die Initiative wird durch den BDB-HESSENFRANKFURT koordiniert. Sprecher ist RA Gerald Lipka, Geschäftsführer des BFW Landesverband Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland.



Pressekontakt:

Detlef Hans Franke, FuP Kommunikation, 069 / 95 43 16 0, 0171 / 41 42 811, detlef.franke@fup-kommunikation.de